



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung und
Netzpolitik -

Tagesordnung Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 5. September 2017

Vorlagen-Nr. 17-F-10-0021

**Angebot zur automatischen Benachrichtigung vor Ablauf der Gültigkeit des Personalausweises und Reisepasses auf freiwilliger Basis
- Antrag der AfD vom 30.08.2017 -**

Begründung:

Ein abgelaufener Personalausweis oder Reisepass kann für den Bürger große finanzielle Folgen haben. Dabei erschrecken viele Bürger selbst, wenn das Ausweisdokument abgelaufen ist. Für Geringverdiener sind die Strafzahlungen dieser Ordnungswidrigkeit besonders spürbar. Die Kommune Düsseldorf hat aus diesem Grund einen bürgernahen Service eingerichtet. Die Kommune informiert zum Beispiel vier Wochen vor Ablauf der Gültigkeit des Personalausweises per Post.

Antrag:

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, bei der Neuausstellung des Personalausweises oder des Reisepasses das Angebot zur automatischen Benachrichtigung vor Ablauf der Gültigkeit in der zuständigen Behörde auf freiwilliger Basis zu veranlassen. Dabei gilt zu beachten, dass die Benachrichtigung zum Reisepass mindestens sechs Monate und bei dem Personalausweis mindestens vier Wochen vor Ablauf der Gültigkeit zu erfolgen hat.
2. Der Magistrat wird beauftragt, für das Angebot zur automatischen Benachrichtigung auf freiwilliger Basis vor Ablauf der Gültigkeit des Personalausweises oder Reisepasses entsprechende formale Vorkehrungen zu treffen, sodass die Einwilligung der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist. Bei der anstehenden Verlängerung können die Bürgerinnen und Bürger bei Interesse über die Einwilligung zur Abgabe ihrer E-Mail Adressen entscheiden, damit sie im Folgenden das Angebot zur automatischen Benachrichtigung nutzen können.

Beschluss Nr. 0061

1. Der Antrag der AfD vom 30.08.2017 betr.

Angebot zur automatischen Benachrichtigung vor Ablauf der Gültigkeit des Personalausweises und Reisepasses auf freiwilliger Basis

kommt in der Sitzung des Ausschusses am 07.11.2015 erneut zum Aufruf.

2. Der Magistrat (Dezernat II) wird gebeten, in der Sitzung anwesend zu sein und zu der jetzigen Praxis zu berichten.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2017

Beyes
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2017

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2017

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister